

PRESSE-INFORMATION

der
Stadtverwaltung



NEUSTADT
AN DER WEINSTRASSE

VISDP:

Hauptamt

Leiter der Hauptabteilung,
Pressesprecher
Zimmer 109

Andreas Günther
Az: 110, gü-bo

fon: 06321 855-299
fax: 06321 855-268
andreas.guenther@stadt-nw.de

www.neustadt.eu

Unsere Anschrift:

Marktplatz 1
67433 Neustadt an der
Weinstraße

Unsere Öffnungszeiten:

Montag	08:30-12:00 Uhr
Dienstag	08:30-12:00 Uhr
Mittwoch	08:30-12:00 Uhr
Donnerstag	14:00-18:00 Uhr
Freitag	08:30-12:00 Uhr

Telefonzentrale: 06321 855-0
Telefaxzentrale: 06321 855-280

Ust-IdNr:

DE 149390961

Bankverbindung:

Sparkasse Rhein-Haardt
BLZ: 546 512 40
Konto: 15 03

IBAN:

DE58 5465 1240 0000 0015 03
BIC: MALA DE 51 DKH

16. Dezember 2009

Aus der öffentlichen Stadtratssitzung vom 15. Dezember 2009

Mit dem **Integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK)** hat sich der Stadtrat am 15. Dezember 2009 beschäftigt. Er beschloss dieses mehrheitlich. In den letzten Jahren hat die Stadt auf Grundlage der Stadtkonzeption und eines breiten politischen Konsenses bereits wichtige planerische Schritte zur Stärkung der Kernstadt wie zum Beispiel der Rahmenplanung Innenstadt, des Handlungskonzepts Soziale Stadt - Branchweiler oder die Sanierungsrahmenplanung Weststadt vorgenommen. Das Land Rheinland-Pfalz hat der Stadt deswegen frühzeitig den Zugang zum Bund-Länder-Förderprogramm Stadtumbau West in Aussicht gestellt. Der Rat beschloss daraufhin 2007 die Einleitung von Planungsmaßnahmen für ein Entwicklungskonzept sowie für die Beantragung und Festlegung eines Stadtumbaugebietes Innenstadt. Mittlerweile liegen hierzu die Ergebnisse vor. Nach der Aufnahme bzw. Realisierung einzelner vorgezogener Förderprojekte mit einer Zuschussquote von 70 % waren nun die Aufstellung eines städtebaulichen Entwicklungskonzeptes und die Festlegung eines Fördergebietes notwendig. Dies ist nach Auskunft der Stadtplaner besonders deshalb von hoher Bedeutung, weil diese beschlossene Konzeption Voraussetzung für die Gewährung von Fördermitteln durch Bund und Land ist. Diese Fördermittel konnten schon vorab unter anderem für die Umgestaltung der Friedrichstraße, des Grünzuges Wallgasse, der Seilerbahn, der Hetzelstraße oder der Betreuung des Sanierungsgebietes akquiriert werden. Das Konzept sieht nun die Unterstützung weiterer Maßnahmen vor wie die Neugestaltung der Freiflächen beim Saalbau und Hauptbahnhof mit Verlegung der B 39, die Umgestaltung der Fußgängerzonen, Maßnahmen im Sanierungsgebiet und am Klemmhof mit einem Förder volumen von knapp 10 Millionen Euro bei einem jährlichen kommunalen Eigenanteil von rund 284.000 Euro verteilt über 15 Jahre. Die Bedenken der Oppositionsparteien richteten sich vor allem gegen die Verlegung der B 39 unter dem Bahnhofsvorplatz hindurch und weiter parallel zur Bahnlinie. Bündnis 90 / Die Grünen und die Linke stimmten deswegen gegen das INSEK. Die SPD erklärte, sie stimme allem zu, was nichts mit dem „Tunnel“ zu tun habe. Von Seiten der FDP wurde vor allem die Finanzierungsfrage der B 39 Verlegung thematisiert und eine Alternativplanung für die Straße gefordert.

Befunden hat der Rat über die **Jahresrechnung des städtischen Haushaltes 2008**. Im Verwaltungshaushalt wurde ein Fehlbetrag von rund 5,6 Millionen Euro festgestellt. Der Oberbürgermeister und die weiteren Mitglieder des Stadtvorstandes erhielten Entlastung.

Das bisher als Abgrenzung und Abrundung laufende Satzungsverfahren „Zum Klausental“ im Ortsteil Diedesfeld hat der Stadtrat eingestellt und stattdessen ein sogenanntes **einfaches Bebauungsplan-Verfahren, das den Namen „Im Döppel“ trägt**, eingeleitet. Im Wesentlichen geht es darum, die Bebaubarkeit eines durch die Flurbereinigung größer gewordenen Grundstückes, welches teilweise im Innen- und im Außenbereich liegt, zu regeln.

Um einen Park- und Ride-Platz für den geplanten S-Bahn-Haltepunkt Süd zu schaffen, wird ein **Bebauungsplan „Naulott-Guckinsland, 4. Änderung“** aufgestellt. Einen ersten Verfahrensschritt beschloss der Rat mit der sogenannten frühzeitigen Bürger- und Behördenbeteiligung.

Im kommenden Jahr müssen sich die Neustadter auf einige **Steuer- und Gebührenerhöhungen** einstellen. Wie der Hauptausschuss der Stadt bereits empfohlen hat, steigt der **Hebesatz der Grundsteuer B** - also für bebaute und bebaubare Grundstücke - von bisher 350 vom Hundert auf 360 vom Hundert. Diese Maßnahme bringt für die Stadtkasse einen zusätzlichen Betrag von 180.000 Euro im Jahr. Auch die **Hundesteuer** wird ansteigen. Für den ersten Hund werden zukünftig 84 Euro fällig (bisher 76 Euro), für den zweiten Hund sind es 128 Euro (bisher 116 Euro) und für jeden weiteren Hund 168 Euro (bisher 152 Euro). 18.000 Euro an Mehreinnahmen werden dadurch erwartet.

Beim **Schmutzwasser** steigt die Gebühr von bisher 1,60 Euro pro cbm auf 1,80 Euro pro cbm. Die **Zusatzgebühr für Weinbau- und Weinhandelsbetriebe** erhöht sich für Flaschenweinvermarkter auf 2,25 Euro (bisher 1,73 Euro), für Fassweinvermarkter auf 2,13 Euro (bisher 1,64 Euro) und für Mostvermarkter auf 1,88 Euro (bisher 1,57 Euro). Hintergrund ist hier die Tatsache, dass in den vergangenen 7 Jahren vom Eigenbetrieb Stadtentsorgung rund 30 Millionen Euro in die abwassertechnischen Anlagen, insbesondere im Zentralklärwirk investiert wurden. Alleine dort wurden 20 Millionen Euro für die Verbesserung der Abwasserreinigung und in die Sanierung und Modernisierung der Schlammbehandlung gesteckt. Anhand der Gebührekalkulation des ESN im Rahmen des Jahresabschlusses 2008 wurde deutlich, dass sowohl die Schmutzwassergebühr als auch die Weinbauzusatzgebühr nicht der Höhe des Aufwandes entsprechen. Eine Anhebung beider Gebühren war unerlässlich.

Auch die bereits im Hauptausschuss am 8. Dezember 2009 vorberatene Punkte wie

- die **Durchführung von Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen im Quartier Allensteiner Straße 16 - 24,**
- die **Schulbezirksänderung Schöntalschule - Heinz-Sielmann-Schule,**
- der **Abschluss einer Zweckvereinbarung für die Realschule plus Maikammer - Hambach,**
- die **Bewilligung von außerplanmäßigen Ausgaben für die Verlängerung des Bahnsteiges 3 am Neustadter Hauptbahnhof**

sowie

- die **Haushaltsansätze für den Rheinland-Pfalz-Tag 2010,**

wurden vom Stadtrat beschlossen (siehe Bericht über die Hauptausschuss-Sitzung vom 8. Dezember 2009).